

Inhalt der Sitzung vom 20.07.2009

TOP Ö 1 Nachträgliche Verpflichtung der am 7. Juni 2009 gewählten Gemeinderäte Jutta Schuster und Dr. Stephan Verclas

Die bei der Gemeinderatswahl am 7. Juni 2009 gewählten Gemeinderäte Jutta Schuster (CDU) und Dr. Stephan Verclas (PL) waren bei der am 6. Juli 2009 erfolgten Verpflichtung der neu gewählten Gemeinderäte verhindert. Daher erfolgte eine nachträgliche Verpflichtung der beiden Gemeinderäte durch Bürgermeister Jürgen Schmitt. Er verlas die gem. Nr. 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Gemeindeordnung empfohlene Verpflichtungsformel und verpflichtete die beiden Ratsmitglieder per Handschlag.

TOP Ö 2 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Förderer fragte an, ob es wirklich ein Jahr dauere bis es in der Gemeinde ein neues Angebot zur Kleinkindbetreuung gibt.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass derzeit durch die Verwaltung in Verbindung mit einer Umfrage eine konkrete Bedarfsanalyse gemacht wird, um schnellstmöglich ein erweitertes und bedarfsorientiertes Angebot der Kleinkindbetreuung in Plankstadt zu schaffen. Er erklärte, dass es sich bei der Zeitdauer um einen durchaus realistischen Rahmen handelt, aber verbindliche Aussagen derzeit nicht möglich sind.

Frau Grimm fragte nach, ob Parkplätze im öffentlichen Bereich im Rosental vermittelt werden.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass auch zu diesem Thema derzeit eine Umfrage durch die Verwaltung läuft.

Frau Grimm fragte weiter nach ob es im Rosenhof und Blumenhof Anwohnerparkscheine gäbe, falls keine Stellplätze verkauft werden und ob sich die Gemeinde die Situation vor Ort angeschaut hat.

Bürgermeister Jürgen Schmitt antwortete, dass Anwohnerparkscheine eine der Möglichkeiten wären und dass man sich selbstverständlich seitens der Gemeinde vor Ort kundig gemacht hat.

Frau Grimm fragte weiterhin an, ob es möglich ist, Carports in der westlichen Seite des Rosenthals zu bauen und ob eine Bauabsicht hinter den Gärten besteht.

Beides wurde von Bürgermeister Schmitt verneint.

Frau Wolff vertrat die Meinung, dass in der Siedlung Wege, Grünflächen etc. vernachlässigt werden.

Bürgermeister Jürgen Schmitt bedauerte diese Ansicht und versicherte, dass auch hier etwas getan wird und bat um Verständnis, dass man seitens der Gemeindeverwaltung nicht immer so schnell hinterherkommen kann, wie man gerne möchte.

Frau Wolff fragte weiter an, ob es stimmt, dass von dem Bolzplatz in der Siedlung ein Tor wegkommt.

Dies verneinte Bürgermeister Schmitt.

Zuletzt fragte Frau Wolff an, ob es normal ist, dass man Hunde an der Leine über den Hof der Humboldtschule führen darf.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass es sich hier um einen öffentlichen Durchgang handelt.

Herr Fiedelak monierte den Winterdienst im Blumenhof.

Bürgermeister Schmitt sicherte die entsprechenden Veranlassungen zu.

Herr Forchheimer beschwerte sich, dass allen nur nicht ihnen die Blumenhofstellplätze angeboten würden. Bürgermeister Schmitt erklärte, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der Siedlung die Schreiben erhalten haben, es müsse sich hierbei wohl um ein redaktionelles Versehen handeln.

Herr Forchheimer fragte weiter an, ob der an- und Verkauf von Grundstücken durch die Gemeinde nicht eine unternehmerische Leistung sei.

Dies konnte von Bürgermeister Schmitt klar verneint werden.

Frau Lichter fragte an, warum entgegen der Fiebel zur Bepflanzung 500 m entfernt von ihrem Grundstück Kirschlorbeer in einem Garten angepflanzt ist.

Bürgermeister Jürgen Schmitt bat um Verständnis, dass man nicht allerorts gleichzeitig in der Gemeinde sein kann und sagte eine Überprüfung vor Ort zu.

Bauamtsleiter Boxheimer ergänzte, dass es sich bei der Fiebel um eine Vorschlagsliste und keine Ausschlussliste handle.

Frau Lichter fragte weiter, warum sie ihre geplante Garage begrünen müsse, nebenan aber Steine auf dem Dach sein dürfen.

Bauamtsleiter Boxheimer erläuterte, dass diese Garagen Bestandsschutz genießen und daher auch Steine auf dem Dach haben dürfen.

Frau Lichter hatte zuletzt eine Anfrage zur Isolierung. Hier wurde auf den Kontakt zum Bauamt verwiesen.

Frau Keppler fragte unter Bezugnahme auf die vorherige Frage zur Isolierung, ob die Häuser in der Siedlung Denkmalschutz sind.

Dies wurde von Bauamtsleiter Boxheimer verneint mit Verweisung auf den gültigen Bebauungsplan.

Herr Jochmann fragte an, ob der in Verbindung mit den Straßensanierungen aufkommende Rollsplit zeitnah entfernt werde?

Bauamtsleiter Boxheimer informierte, dass bereits am Morgen eine Kehrmaschine im Einsatz war um den Rollsplit aufzunehmen.

Weiterhin stellte Herr Jochmann die Frage, ob man im Rosental beidseitig parken könne, wenn die Durchfahrt zum Antoniusweg verschlossen würde.

Bürgermeister Schmitt gab bekannt, dass diese Möglichkeit derzeit bereits geprüft werde.

Frau Jachler fragte, wie sich die Gemeinde die Verkehrsberuhigung in der Blumenau vorstelle.

Bürgermeister Schmitt antwortete, dass die Diskussion derzeit noch offen ist und alle Bürger zur Beteiligung angeschrieben wurden.

Herr Machrian fragte an, wieso es im Rosental nicht möglich ist, einen PKW-Stellplatz auf dem Grundstück anzulegen,

Unter Hinweis auf den dort gültigen Bebauungsplan lud Bürgermeister Schmitt den Fragesteller ein, diese individuelle Fragestellung im Rathaus zu klären.

Frau Keppler fragte nach, wo sie Bausteine lagern dürfe.

Auch hier lud Bürgermeister Schmitt freundlich zur Klärung ins Rathaus ein.

Herr Tremel lobte die Aktion der Gemeindeverwaltung zur Beseitigung des Falschparkens in Plankstadt. Er fragte nach, was zur Kontrolle nach 17 Uhr gemacht wird.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass der Gemeindevollzugsdienst immer wieder auch am Abend und am Wochenende tätig ist, nicht nur zu den regulären Arbeitszeiten. Er bat um Verständnis, dass man nicht auf dem ganzen Gemeindegebiet gleichzeitig präsent sein kann.

TOP Ö 3 Entscheidung über die Annahme einer Spende nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde erhielt eine Spende in Höhe von 155 € für die Notgemeinschaft vom SPD-Ortsverein Plankstadt.

GRätin Silke Layer (PL) dankte der SPD und stimmte der Annahme gerne zu.

GRat Karl Schleich (CDU) sprach den Dank der CDU aus und stimmte der Annahme ebenfalls zu.

GRätin Gaby Wacker (SPD) dankte allen Spendern und erklärte, dass die Spende von der Jubilarehrung der SPD stammt. Sie stimmte der Annahme zu.

GRätin Siegrid Schüller (GLP) dankte der SPD und stimmte der Annahme zu.

TOP Ö 4 Feststellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2008 und der Werksrechnung der Gemeindeversorgung für das Wirtschaftsjahr 2008

Dem Gemeinderat wurde durch Rechnungsamtsleiter Kroiher die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das vergangene Haushaltsjahr 2008 und die Werksrechnung der Gemeindevasserversorgung für das vergangene Wirtschaftsjahr 2008 detailliert vorgestellt.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) erinnerte an die Gemeinderatssitzung vom 11. Februar 2008 mit der Beschlussfassung über den Haushalt 2008. Er hielt fest, dass es im vergangenen Haushaltsjahr 2008 letztlich bessere Einnahmen als erwartet gab, das Gemeindevermögen aber trotzdem gesunken ist. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegt Plankstadt zwar im Mittelfeld doch ist der Knackpunkt, dass Überschüsse aus dem Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts überführt werden müssen. Er mahnte zu sparsamen Wirtschaften, doch wies auch darauf hin, dass man die Ziele der Ortskernsanierung im Auge behalten müsse und stimmte dem Vorgelegten zu.

GRätin Jutta Schuster (CDU) beklagte, dass die Gemeinde die laufenden Ausgaben nicht durch die laufenden Einnahmen decken konnte. Die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasteten auch den Gemeindehaushalt. Aufgrund der Wertabschöpfung aus dem Baugebiet Bruchhäuser weg konnte der Haushalt finanziert werden, dies sei aber kein Dauerzustand. Als positiv bemerkte sie den Rückgang der Verschuldung und forderte das Augenmerk auf den Kostendeckungsgrad der Gemeindeeinrichtungen zu legen. Auch die Entwicklung der Personalkosten konnte sie als erfreulich werten und stimmte dem Vorgelegten zu.

GRat Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) hielt fest, dass die vorgelegten Ergebnisse viel besser sind, als sie im Haushaltsplan für das Jahr 2008 vorgesehen waren. Er erkundigte sich nach den Gründen für den Rückgang der Einnahmen in der Seniorenwohnanlage. Dies liegt daran, dass eine Ladenfläche nicht vermietet ist, so Rechnungsamtsleiter Kroiher. Er fasste weiter zusammen, dass die Einnahmeausfälle größer sind als die Minderausgaben und

monierte, dass noch unter Bürgermeister Huckele ohne Information des Gemeinderats eine Kreissäge für die Humboldtschule für 14.000 € angeschafft wurde. Als erfreulich erwähnte er die gefallenen Personalkosten und die „Punktlandung“ bei der Wasserversorgung. Er stimmte dem Vorgelegten zu.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) hielt fest, dass es erfreulicherweise keine bösen Überraschungen in dem vorgelegten Zahlenwerk gibt, mahnte aber weiterhin sorgsam mit dem „Tafelsilber“ der Gemeinde umzugehen. Als besonders positiv nannte er die Fortführung der Reduzierung der Personalkosten seit 2005. Er regte ein verbessertes Marketing der Mehrzweckhalle an. Dies wird bereits durch die Verwaltung bearbeitet, so BGM Schmitt. Auch über den Kauf des Stromnetzes solle man nachdenken. Er ließ sich die Zusammensetzung des Betrages der Repräsentationsaufwendungen erläutern und fragte nach, ob der Wasserpreis konstant bleiben kann. Auch er stimmte dem Vorgelegten zu.

TOP Ö 5 Wahl zur Besetzung der Ausschüsse des Gemeinderats sowie der Landwirtschaftskommission

Aus den bestehenden drei Ausschüssen sollte aus Gründen der Sitzungsökonomie und Verwaltungspraktikabilität durch Zusammenschluss künftig zwei Ausschüsse geformt werden. Die beratenden Ausschüsse werden aus dem Gemeinderat gebildet. Landwirtschaftskommission und Partnerschaftskomitee sollten ebenfalls besetzt werden.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte für die GLP-Fraktion den Antrag die Landwirtschaftskommission in einen weiteren beratenden Ausschuss mit zusätzlichem Aufgabengebiet Naturschutz umzuwandeln.

GRat Horst Kolb (PL) fragte, wie dann der Ausschuss von Seiten der Landwirtschaft besetzt sein solle. Daraufhin wurde der Antrag der GLP-Fraktion öffentlich verlesen.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte an, ob der Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls bei der Verwaltung eingegangen sei. Dies konnte bejaht werden.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) erläuterte, dass die GLP diesen Antrag bereits 1992 schon einmal gestellt hat. Ziel ist, dass Landwirtschaft und Naturschutz zusammen arbeiten können und Plankstadt so zur ökologisch ausgerichteten Wohngemeinde wird.

GRat Gerhard Waldecker (PL) räumte ein, dass die Landwirtschaft einem Strukturwandel unterliegt und stimmte dem Antrag der GLP-Fraktion zu.

GRat Prof. Dr. Udo Weis stimmte dem Antrag grundsätzlich zu. Er würdigte die gute Leistung der Kommission, die eigentlich kein Anlass zur Änderung gebe.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende sprach die Unterstützung des Antrags seitens der SPD-Fraktion aus. Nach einer 2-minütigen Unterbrechung einigte man sich den Ausschuss mit vier Vertretern der Landwirtschaft und entsprechend den anderen Ausschüssen mit Fraktionsvertretern zu besetzen, mit 15 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

GRat Prof. Dr. Udo Weis (CDU) führte aus, dass die Nichtbesetzung des Partnerschaftskomitees bis zur Gründung eines Partnerschaftsvereines ein falsches Signal nach Castelnau-le-Lez geben könnte und man daher auch für die

Interimszeit das Komitee besetzen sollte.

GRat Gerhard Waldecker (PL) fragte nach dem Zeitrahmen bis zur Vereinsgründung und den Vereinszweck. BGM Schmitt erläuterte, dass die Gründung wenn möglich bis zum Straßenfest erfolgen soll und die Aufgaben dann auch definiert werden.

GRat Prof. Dr. Weis (CDU) schlug daraufhin vor, dass Komitee dann aufzulösen und in den Verein übergehen zu lassen.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) stimmte dem zu.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) äußerte die Vermutung, dass es sich hier um Machtspiele handle und wollte genauere Informationen zu dem Verein.

GRat Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) sprach sich für das Fortbestehen des Komitees aus, in dem der Gemeinderat in die Verwaltung eingebunden ist.

GRat Gerhard Waldecker (PL) vertrat ebenfalls die Auffassung, dass die Kommune auch in den späteren Verein eingebunden sein muss.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig das Partnerschaftskomitee bis zur Gründung des Partnerschaftsvereins zu besetzen.

Der Gemeinderat beschloss weiter mit 14 Ja-Stimmen und 5 Gegenstimmen aus seiner Mitte die Ausschüsse für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales und den Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten zu besetzen.

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag auf zwei Mitglieder in den beratenden Ausschüssen, mit gleichzeitiger Anhebung der Mitgliederzahl von acht auf neun.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) erläuterte, dass dies der SPD-Fraktion die Arbeit erleichtern würde.

GRat Gerhard Waldecker erinnerte, dass der nächste Sitz im Ausschuss nach dem d` Hondtschen Verfahren eigentlich der PL zuzuordnen sei, man aber in diesem Fall für die SPD-Fraktion verzichten könne.

Der Gemeinderat stimmte dem Antrag einstimmig zu, die Ausschüsse mit neun Mitgliedern zu besetzen.

Es kam zu einer erneuten zweiminütigen Unterbrechung zur Beratung.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Ausschüsse wie folgt zu besetzen:

UTB:**Ausschussmitglied, Vertreter**

Gerhard Waldecker, Ulrike Breitenbücher

Horst Kolb, Fredi Engelhardt

Silke Layer, Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler

Andreas Berger, Dr. Udo Weis

Andreas Wolf, Jutta Schuster

Hans-Peter Helmling, Karl Schleich

Dr. Dr. Ulrich Mende, Jutta Schneider

Gaby Wacker

Ulf-Udo Hohl, Sigrid Schüller

VKSS**Ausschussmitglied, Vertreter**

Dr. Stephan Verclas, Horst Kolb

Ulrike Breitenbücher, Gerhard Waldecker

Fredi Engelhardt, Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler

Dr. Udo Weis, Andreas Berger

Jutta Schuster, Andreas Wolf

Karl Schleich, Hans-Peter Helmling

Dr. Dr. Ulrich Mende, Jutta Schneider

Gaby Wacker

Sigrid Schüller, Ulf-Udo Hohl

Ausschuss für Landwirtschaft + Naturschutz**Mitglied, Vertreter**

Horst Kolb, Ulrike Breitenbücher

Silke Layer, Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler

Fredi Engelhardt, Gerhard Waldecker

Hans-Peter Helmling, Jutta Schuster

Andreas Berger, Andreas Wolf

Dr. Udo Weis, Karl Schleich

Gaby Wacker, Dr. Dr. Ulrich Mende

Jutta Schneider

Ulf-Udo Hohl, Sigrid Schüller

Partnerschaftskomitee**Mitglied, Vertreter**

Silke Layer, Gerhard Waldecker

Jutta Schuster, Andreas Wolf

Dr. Dr. Ulrich Mende, Gaby Wacker

Ulf-Udo Hohl, Sigrid Schüller

TOP Ö 6 Wahl der Vertreter in den Verbands-/Mitgliederversammlungen der Zweckverbände „Abwasserverband Unterer Leimbach“ und „Bezirk Schwetzingen“, der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen e.V., der Musikschule Bezirk Schwetzingen e.V. und des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) belehrte, dass Fraktionen in der GemO nicht vorgesehen sind und der Gemeinderat nicht die fraktionsstärkste Partei zur Besetzung nehmen muss. Der Gemeinderat ist hierbei souverän.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Besetzung:

ZV Abwasserverband Untere Leimbach

Mitglied, Vertreter

Gerhard Waldecker, Silke Layer
Jutta Schuster, Karl Schleich

ZV Bezirk Schwetzingen

Mitglied, Vertreter

Gerhard Waldecker, Silke Layer
Jutta Schuster, Karl Schleich

Musikschule Bezirk Schwetzingen e.V.

Mitglied, Vertreter

Ulrike Breitenbücher, Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler
Jutta Schuster, Karl Schleich

VHS Bezirk Schwetzingen e.V.

Mitglied, Vertreter

Ulrike Breitenbücher, Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler
Jutta Schuster, Karl Schleich

Der Gemeinderat beschloss mehrheitlich mit 17 ja- Stimmen und 2 Gegenstimmen

Nachbarschaftsverband Heidelberg – Mannheim

Mitglied, Vertreter

Gerhard Waldecker, Ulrike Breitenbücher

TOP Ö 7 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters

Gemäß § 48 Abs. 1 GemO bestellt der Gemeinderat aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter des

Bürgermeisters, wobei sich die Stellvertretung auf Fälle der Verhinderung beschränkt. Da wie bisher praktiziert drei Stellvertreter aus Sicht der Verwaltung nicht benötigt werden soll die Anzahl auf zwei herabgesetzt werden.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte schriftlich nach, wann die Vorschläge der anderen Fraktionen der GLP zugehen sollen. BGM Schmitt erläuterte, dass es noch keine anderen Vorschläge gibt, diese direkt in der Sitzung geäußert werden sollen.

GRat Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) erinnerte, dass es vor 1975 auch nur zwei Stellvertreter gab und man auf den dritten Stellvertreter auch verzichten könne.

GRat Karl Schleich (CDU) schloss sich dieser Meinung an und erwähnte, dass er in den letzten zehn Jahren fast jeden Termin wahrnehmen konnte.

Der Gemeinderat legte einstimmig die Zahl der Stellvertreter auf zwei fest.

GRat Horst Kolb (PL) freute sich über die große Resonanz der Bürger, die erschienen waren. Er schlug Gerhard Waldecker als Kandidaten vor, da er die Kompetenz habe, die Gemeinde nach innen und außen zu vertreten und als Rektor auch über die notwendige Zeit verfüge. Er bat um Unterstützung seines Vorschlags und um geheime Wahl.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) wies darauf hin, dass es keine Rechtsgrundlage für diese Vorschlagspraxis gebe und äußerte sich, dass „ausgerechnet jetzt wo die PL die stärkste Fraktion ist das hochgekocht wird“. Er gab bekannt, dass die GLP keinen PL-Stellvertreter mittragen werde.

GRätin Jutta Schuster (CDU) sagte, man mache seitens der CDU-Fraktion bewusst keinen Vorschlag, weil man die Tradition achte, äußerte aber den Verdacht dass Gerhard Waldecker befangen sein könnte. BGM Schmitt erläuterte, dass keine Befangenheitsgründe vorliegen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) wies darauf hin, dass in Hockenheim ein CDU-Stadtrat und Schuldirektor jahrzehntelang 1. Bürgermeisterstellvertreter war.

In der geheim durchgeführten Wahl wurde Gerhard Waldecker mit 8 Ja-Stimmen und 11 Gegenstimmen nicht gewählt.

GRat Horst Kolb (PL) beantragte daraufhin Sitzungsunterbrechung.

GRat Gerhard Waldecker (PL) gab nach der Sitzungsunterbrechung eine persönliche Erklärung ab. Er kündigte an nicht nochmals zu kandidieren und äußerte die Vermutung, dass es sich hier um ein abgekartetes Spiel handle. Die PL hat 1999 und 2004 auch Karl Schleich mitgetragen. Die anderen Fraktionen mögen nun die Stellvertretung unter sich regeln.

GRat Prof. Dr. Udo Weis (CDU) wies den Vorwurf eines abgekarteten Spieles von sich und seiner Fraktion. Er schlug als 1. Bürgermeisterstellvertreterin Ulrike Breitenbücher vor, und begründete seinen Vorschlag mit ihrem „ausgleichenden Wesen“ und ihrem fairen Umgang. Er wies darauf hin, dass man ein Ehrenamt nicht ohne Gründe ablehnen könne.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) bedankte sich für die Ehre und das Vertrauen, lehnte aber aus persönlichen Gründen ab.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) äußerte sein empören, da Gerhard Waldecker alle nötigen Voraussetzungen mitbringe.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass es keine Absprache gebe und sprach sich für Karl Schleich aus.

GRat Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) wies ebenfalls den Vorwurf der Absprache zurück und sprach Karl Schleich seine Unterstützung aus.

GRat Prof. Dr. Udo Weis (CDU) wies darauf hin, dass ein Ablehnen eines Ehrenamtes mit Ordnungsgeld bis 1.000 € belegt werden könne.

BGM Schmitt wies darauf hin, dass die von Prof. Dr. Udo Weis (CDU) zitierte Vorschrift in diesem Fall nicht einschlägig sei und daher keine Anwendung finden könne.

Aufgrund persönlicher Gründe, die laut Gesetz keiner Nennung bedürfen, lehnte Ulrike Breitenbücher nochmals ab.

GRätin Siegrid Schüller (GLP) schlug Ulf-Udo Hohl vor, der seit fast 20 Jahren im Gemeinderat ist und über „Alter, Kompetenz und Kenntnis“ verfüge.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bedankte sich und schlug vor abzustimmen.

GRat Prof. Dr. Dr. Udo Weis (CDU) bat mit Spaßkandidaturen nicht das Ansehen des Amtes zu beschädigen.

BGM Schmitt sprach sich dafür aus, den Tagesordnungspunkt auf September zu vertagen mit dem Vorschlag Ulf-Udo Hohl, da an diesem Abend keine Einigung mehr zu erwarten sei.

Der Gemeinderat beschloss daraufhin mit 14 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen die Vertagung.

TOP Ö 8 Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.09.2009 -Entschädigung der Mitglieder der Wahlvorstände sowie der sonstigen Hilfskräfte

Die Mitglieder der Wahlvorstände, wie auch die sonstigen Hilfskräfte sollen anlässlich der Wahl zum 17.

Deutschen Bundestag entsprechend der örtlichen Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit mit 42 €/Wahltag in den allgemeinen Wahlbezirken und 34 €/Wahltag im Briefwahlvorstand entschädigt werden.

GRat Fredi Engelhard (PL) hielt die Beträge für angemessen und stimmte zu.

GRätin Jutta Schuster (CDU) stimmte ebenfalls zu.

GRätin Jutta Schneider (SPD) stimmte auch zu.

GRätin Sigrid Schüller (GLP) hielt die unterschiedliche Höhe der Stundensätze nicht für gerechtfertigt, gab jedoch ihre Zustimmung.

TOP Ö 9 Einrichtung eines Bürgerbüros - Auftragsvergabe

Die Firma DZWEI hat ein Angebot zur Möblierung des Bürgerbüros in Höhe von 23.401,64 € incl. Mehrwertsteuer abgegeben. Ein Vergleichsangebot der Firma Bürowelten Schmidt beläuft sich bei identischem Inhalt auf 26.221,33€ incl. Mehrwertsteuer.

GRat Gerhard Waldecker (PL) zeigte sich zufrieden und stimmte der Auftragsvergabe an die Firma DZWEI zu.

GRat Karl Schleich (CDU) forderte, dass der Gemeinderat bei der Vorplanung einbezogen werden solle und gab seine Zustimmung.

GRätin Gaby wacker (SPD) forderte in Zukunft immer Vergleichsangebote einzuholen und gab ihre Zustimmung.

GRätin Sigrid Schüller hoffte auf die gute Qualität der Möblierung und stimmte der Auftragsvergabe zu.

TOP Ö 10 Ortskernsanierung „Ortsmitte II“ – Beauftragung eines Stadtplaners

Bezüglich der notwendigen stadtplanerischen Begleitung der Ortskernsanierung soll der Bürgermeister ermächtigt werden, den Abschluss eines Architektenvertrages über die vorbereitenden Untersuchungen zur Ortskernsanierung mit dem Stadtplanungsbüro Voegele und Gerhardt aus Karlsruhe in die Wege zu leiten.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) stimmte aufgrund der vergangenen guten Erfahrungen mit dem Büro zu.

GRätin Jutta Schuster (CDU) gab ihre Zustimmung.

GRätin Gaby Wacker gab ihre Zustimmung und fragte an, warum Nebenkosten in Höhe von nun 6 % und nicht mehr 4 % entstehen. BGM Schmitt erläuterte, dass die Nebenkosten in Höhe von 4 % auf einer Grobanalyse beruhen, welche weitgehend ohne Festkosten bearbeitet werden kann im Gegensatz zur vorbereitenden Untersuchung.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) nahm Bezug auf die Besichtigung des Gemeinderats in Mauer und gab seine Zustimmung.

TOP Ö 11 Aufbau einer Photovoltaikanlage im Zusammenhang mit der Dachsanierung der Bauhofhalle

Der Gemeinderat nahm einstimmig Kenntnis von den Planungen zur Dachsanierung und der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Bauhof und stimmte der Ausschreibung mit Bereitstellung der überplanmäßigen Mittel nach der wirtschaftlich und technisch besten Lösung zu. Eine Vergabe der Bauleistungen ist für September diesen Jahres geplant.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) gab dem Projekt eine ganz klare Zustimmung, da hier Ökologie auf Ökonomie trifft.

GRat Dr. Andreas Berger (CDU) wollte die statischen Probleme noch geklärt wissen.

GRat Prof. Dr. Udo Weis (CDU) fragte nach ob die statischen Voraussetzungen geprüft wurden. BGM Schmitt konnte dies bejahen.

GRat Andreas Wolf (CDU) fragte an, an wie viele Firmen die beschränkte Ausschreibung gehen soll. BGM Schmitt informierte, dass an ca. fünf Firmen gedacht sei, die jedoch lediglich als Bietergemeinschaften aus Photovoltaikanlagen und Dachbau anbieten können.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) monierte die zur Verfügung gestellten Unterlagen, gab aber seine Zustimmung. BGM Schmitt sicherte zu, dass die Unterlagen nochmals komplett für die Fraktionen aufgelegt werden.

GRätin Sigrid Schüller begrüßte das Projekt, fragte aber nach ob der Bauhof das geeignete Objekt sei. Sie regte an, das Bauhofdach als Pilotprojekt anzumelden und gab ihre Zustimmung.

TOP Ö 12 Anschluss des Gemeindewohnhauses Hildastr. 32 an die Zentralheizung des Nachbargebäudes Hildastr. 34 - Auftragsvergabe

Um den Wärmebedarf der beiden Gemeindewohnhäuser Hildastr. 32 + 34 zu senken erhalten die Häuser ein Wärmedämmverbundsystem.

Der Auftrag zum Anschluss des Wohnhauses hildastr. 32 an die Zentralheizung des Wohnhauses Hildastr. 34 wurde zum Angebotspreis von 18.584,12 € an die Fa. A. Schmitt aus Eppelheim einstimmig vergeben.

GRätin Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) zeigte sich über das Projekt erfreut und erteilte Zustimmung.

GRat Andreas Berger (CDU) erteilte ebenfalls Zustimmung.

GRätin Jutta Schneider (SPD) erteilte Zustimmung.

GRätin Sigrid Schüller betonte, dass so der Wohnstandard angehoben werden kann und erteilte Zustimmung.

TOP Ö 13 Bauantrag zu baulichen Veränderungen auf den Grundstücken Flst.Nrn. 2476 – 2478, Alter Heidelberger Weg 1

Nach Versagung des Einvernehmens zu dem Bauantrag in der Gemeinderatssitzung am 16.03.2009 wurde nun eine Umplanung vorgelegt.

GRat Gerhard Waldecker (PL) äußerte, dass der Glaube fehle, da Sanktionen bisher nie erfüllt wurden. Er konnte in diesem Fall keine Privilegierung erkennen und äußerte darüber hinaus Befürchtungen, dass durch die Altfahrzeuge auf dem Gelände Öl versickere. Er erteilte keine Zustimmung.

GRat Andreas Wolf (CDU) hielt das Vorhaben für problematisch: Er äußerte, dass es hier wohl eher um die nachträgliche Legalisierung teilweise schon ausgeführter Arbeiten gehe.

GRat Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) sprach in dem vorliegenden Fall von der „unendlichen Geschichte“. Er bekundete ein ungutes Gefühl und sprach die Enthaltung aus.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte nach ob die Umwidmungen durch die Gemeindeverwaltung kontrolliert werden und gab seine Zustimmung.

Bei 3 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen wurde das Einvernehmen erneut versagt.

TOP Ö 14 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.06.2009 gefassten Beschlüsse

Der Beschluss aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.06.2009 wird durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Rathauses bekannt gemacht:

TOP NÖ 1 Verkauf des Grundstücks Flst.Nr. 4612 im Gewerbegebiet „Nord-West“

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Verkauf des Grundstücks.

TOP NÖ 2 Dauerbeschäftigung eines Mitarbeiters

Mit einstimmigem Votum beschloss der Gemeinderat die Dauerbeschäftigung eines Mitarbeiters.

TOP Ö 15 Verschiedenes

Der Bürgermeister informierte zu folgenden Themen:

- Am 23. Juli findet im Foyer des Bürgerzentrums die Prämierung der studentischen Entwürfe zum Thema Ortskernsanierung statt
- In den vergangenen Wochen wurden die Anlieferungen auf dem Häckselplatz aufgezeichnet. Daraus wurde deutlich, dass die Öffnungszeit in den Sommermonaten um eine Stunde verlängert werden muss.
- Die Rechnungen für das Neubaugebiet Bruchhäuser Weg wurden verschickt. 20 % der voraussichtlichen Kosten werden dabei erhoben.

Aus den Reihen des Gemeinderats gab es Anfragen zu folgenden Themen:

- GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) erinnerte, dass man einen Ersatz für den Spielplatz in der Paul-Börner-Straße brauche, da in diesem Gebiet immer sehr viele kleine Kinder unter 10 Jahren leben und auch immer wieder Gruppen des Kindergartens diese Anlage genutzt haben.
- GRat Karl Schleich (CDU) wies darauf hin, dass die Zufahrt zum Häckselplatz hergerichtet werden muss, da am vergangenen Wochenende hier alles unter Wasser gestanden sei.
Die Seiteneingangstür der Mehrzweckhalle gehe für viele Hallennutzer zu schwer auf. Dieser Mangel müsse beseitigt werden.
Das Gebüsch am Getränkemarkt Holländer hindere die Einsicht in die Straße, so dass hier Unfälle passieren. Das Gebüsch müsse daher zurück geschnitten werden.

- GRätin Jutta Schuster (CDU) regte an, bis zum neuen Kindergartenjahr kurzfristig eine neue Krippengruppe zu schaffen.
- GRätin Gaby Wacker (SPD) nahm Bezug auf die Einführung des Programmes „Artikelstar“ für das Mitteilungsblatt und erklärte, dass vielen Vereinen 2.000 Schriftzeichen zu wenig seien: Sie regte an, das Kontingent auf 2.500 hoch zusetzen.
Sie regte an mit den Bürgern in der Siedlung eine Anwohnerversammlung zur Deeskalation abzuhalten.
- GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte an, ob in dem Kliba-Bericht ein Messfehler passiert ist. BGM Schmitt erläuterte, dass das Messgerät defekt war.
Weiterhin monierte das Ratsmitglied die Verkehrsberuhigung Im Neurott/Gutenbergstraße. Hier fahren die LKW immer schlimmer. BGM Schmitt sicherte umgehend zu, hier das Geschwindigkeitsmessgerät einzusetzen.
- GRat Prof. Dr. Weis (CDU) gab eine persönliche Erklärung ab und entschuldigte sich für seine Äußerungen zur Kandidatur von Gemeinderat Ulf-Udo Hohl.
Er sprach sich dafür aus zusätzlich zur Grillhütte eine alternative Lage zum Feiern in Plankstadt zu schaffen.
Zuletzt regte er an künftig die Jugend stärker in Entscheidungen des Gemeinderats einzubinden, z.B. in Form eines Jugendgemeinderats.
- GRat Dr. Stephan Verclas (PL) sprach den Artikel vom 4. Juli in der Schwetzinger Zeitung bezüglich des Logistikzentrums der Stadt Schwetzingen an und fragte, welche Möglichkeiten zur Verhinderung bestehen. BGM Schmitt klärte auf, dass es hier so gut wie keine Einflussnahme gibt.
- GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) griff die vorherige Frage auf und informierte, dass seitens der Aurelis in dem dortigen Areal derzeit Flächen gekauft werden.
Weiter monierte er das Braugerstekaufverhalten der Welde Bräu und regte an die Steigung aus dem B 535-Tunnel zu nehmen.
- GRätin Sigrid Schüller (GLP) erkundigte sich nach dem bisherigen Stand der Bedarfsumfrage zur Kinderbetreuung. Sie informierte weiter, dass sie beim Demografietag die Gesundheitssportgruppe vermisst habe und regte an künftig auch andere Vereine zu beteiligen.
- GRat Andreas Berger (CDU) fragte an, ob die Absicht bestehe, dass Straßenfest schon freitags zu beginnen. BGM Schmitt erklärte, dass dieser Antrag bereits zuvor abgelehnt wurde.